



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 15.10.2009

ÖFFENTLICH

| | | |
|-------|--|-----------------|
| TOP 1 | Bauvorhaben Walcker-Areal - Bericht zum Stand des Genehmigungsverfahrens | Vorl.Nr. 391/09 |
|-------|--|-----------------|

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 1.1.

| | | |
|---------|---|-----------------|
| TOP 1.1 | Bauvorhaben auf dem Walcker-Areal - weitere Beratung und Diskussion mit dem Maßnahmenträger und Architekten | Vorl.Nr. 448/09 |
|---------|---|-----------------|

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist auf die Mitteilungsvorlagen Nr. 391/09 und Nr. 448/09.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt den neuesten Planungsstand anhand von Bauplänen und eines aktualisierten Modells vor. Er geht insbesondere auf die Gebäudeansichten und Höhenentwicklungen durch die neuesten Veränderungen der Dachformen ein.

Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) teilt mit, die Baugenehmigung könne nach jetzigem Stand erteilt werden. Diese solle allerdings nur unter der auflösenden Bedingung erteilt werden, wenn ein Erschließungsvertrag abgeschlossen werde, in dem die Herstellung der östlichen unteren Kasernenstraße und die Kostentragung durch den Bauherrn geregelt werde.

Stadtrat **Juraneck** bewertet die jetzige Planung grundsätzlich als positiv. Er hätte sich auf diesem Gelände zwar eine andere Nutzung und eine weniger dichte Bebauung gewünscht, spricht sich aber für eine Entscheidung in der heutigen Sitzung aus.

Stadtrat **Striegel** betont die regelmäßige und schnelle Reaktion des Bauherrn und der Architekten bei den vom Gremium in der Vergangenheit gemachten Verbesserungsvorschlägen. Er könne die jetzige Kompromisslösung mittragen.

Stadtrat **Gericke** bezeichnet die aktuelle Planung als ein Stück Stadtreparatur und nehme Rücksicht auf das denkmalgeschützte Gebäude in der Charlottenstraße. Er hoffe, dass dieses Gebäude künftig einer angemessenen Nutzung zugeführt werde und bittet die Verwaltung eine sinnvolle Erschließung über die untere Kasernenstraße zu erwirken.

Stadtrat **Haag** wünschte sich an der Schlossstraße eine Fassade mit höherer Qualität. Er hoffe,

dass das Konzept so bestehen bleibe und nicht durch verschiedene Nachträge geändert werde.

Stadträtin **Burkhardt** vertritt die Auffassung, das Vorhaben füge sich auch nach neuestem Planungsstand nicht in die Umgebung ein. Als Umgebungsbebauung müsse man die zwei- bis dreistöckigen Bürgergebäude mit relativ geringer Höhenentwicklung sehen, nicht das Marstallcenter. Sie könne dem Bauvorhaben nicht zustimmen. Sie sehe die einzige Möglichkeit die Bebauung auf diesem Gelände in ihrem Sinne zu verändern, indem sie einen Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplans stelle. Ihre Fraktion sei der Ansicht, die Stadt solle in diesem sensiblen Eingangsbereich zur Innenstadt die Planungshoheit nicht abgeben. Deshalb habe die Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die LINKE einen Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Walckergelände gestellt. Basis der Festsetzungen müssten der Stadtrahmenplan und die Rücksichtnahme auf das Schloss und die Umgebungsbebauung in der unteren Stadt sein.

BM **Schmid** nimmt Bezug auf den von Stadträtin Burkhardt angeführten Antrag mit der Vorl.Nr. 461/09 und will über diesen abstimmen lassen.

Stadträtin **Burkhardt** wendet ein, der Antrag liege den Mitgliedern des Gremiums nicht vor.

BM **Schmid** führt an, der Antrag gehöre in den Sachzusammenhang und verweist auf eine Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 18.01.2007, in der bereits die Vorstellung einer Konzeption mit Studentenwohnheim und Pflegeheim einstimmig positiv beschlossen worden sei. Der Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes hätte bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Planungen erfolgen können und käme jetzt einem Vertagungsantrag gleich. Er sehe keine Gründe, weshalb der Antrag vertagt werden solle. Im Übrigen habe die Geschäftsstelle Gemeinderat Stadträtin Burkhardt angeboten den Antrag in der heutigen Sitzung auszulegen.

Stadträtin **Burkhardt** stellt den chronologischen Verlauf des eingereichten Antrages auf Aufstellung eines Bebauungsplanes dar und protestiert gegen eine Abstimmung in der heutigen Sitzung.

BM **Schmid** liest dem Gremium den Antrag mit der Vorl.Nr. 461/09 wörtlich vor und stellt diesen zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schübler (beruflich verhindert)

BM **Schmid** geht kurz auf die Historie des Walcker-Areals ein und schließt den Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) geht kurz auf die Gründe ein, die für den Erlass einer Sondernutzungssatzung für die Stadt Ludwigsburg sprechen ein. Heute vom Gremium gemachte Anregungen wolle man sammeln und in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 13.10.2009 beantworten.

Frau **Boos** (FB Stadtplanung und Vermessung) beschreibt den Verlauf der Entstehung der vorliegenden Sondernutzungssatzung in den letzten eineinhalb Jahren. Dabei sei mit LUIS e.V. und dem Bund der Selbständigen eng zusammengearbeitet worden. Anhand von Fotos mit jeweiligen Positiv- und Negativbeispielen geht Frau Boos auf die Punkte Warenauslage, Außenbewirtschaftung, Plakatierung und Kundenstopper der Richtlinie zur Sondernutzungssatzung ein. Beim Außenmobiliar wolle man auf Einheitlichkeit, Schlichtheit und gedeckte Farben setzen. In der City-Einkaufszone sollen Tischgarnituren, außer in Biergärten und Heizstrahler ausgeschlossen werden. Man überlege hinsichtlich mancher Regelungen in der Sondernutzungssatzung die Werbesatzung zu modifizieren. Die Sondernutzungssatzung solle am 1.1.2010 in Kraft treten. Für die Richtlinien und das Gebührenverzeichnis zur Sondernutzungssatzung sei eine Übergangszeit von zwei Jahren vorgesehen. Ferner sei eine Broschüre mit Positivbeispielen zu Sondernutzungen auch als Anregung für Betroffene in Arbeit. Der Bund der Selbständigen, LUIS e.V. und die Politik haben verschiedene Anregungen zur Sondernutzungssatzung eingebracht. Frau Boos geht kurz auf einzelne Vorschläge ein und will diese und ein Städtevergleich mit Esslingen und Stuttgart bezüglich prägnanter sondernutzungsrechtlicher Vorschriften im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 13.10.2009 schriftlich nachreichen.

Herr **Hunke** (Vertreter von LUIS e.V.) betont die Notwendigkeit und zeitnahe Umsetzung der Sondernutzungssatzung. Der Erfolg des einzelnen Unternehmens basiere auf dem Erfolg des gemeinsamen Standortes Innenstadt. Der Kunde wünsche einen sauberen und geregelten Straßenraum.

BM **Schmid** geht auf die bisher gefassten Beschlüsse in Bezug auf die Sondernutzungssatzung ein.

Das Gremium ist sich über die Notwendigkeit einer Sondernutzungssatzung für Ludwigsburg einig. Hinsichtlich der Punkte Geltungsbereich, Übergangsfrist, Plakatierung, Kundenstopper, Heizstrahler, Umfang der Reglementierung in Bezug auf Farbgebung und Material bei Mobiliar findet eine kontroverse Diskussion im Gremium statt.

Die Stadträte **Lutz, Liepins, Burkhardt** und **Glasbrenner** stellen dabei die Stringenz der Vorschriften über Farben und Materialien bei Außenmobiliar in Frage.

Die Stadträte **Gericke** und **Haag** hingegen sprechen sich diesbezüglich für den Satzungsentwurf aus.

Stadtrat **Seybold** regt an, die Bezeichnung Erdfarben in dezente Töne umzuformulieren.

Stadtrat **Lettrari** spricht sich für ein grundsätzliches Verbot der Plakatierung in der Innenstadt aus.

Stadtrat **Haag** merkt an, man dürfe die Gestaltung der Schaufenster nicht außer acht lassen.

Stadträtin **Burkhardt** wünscht eine schriftliche Stellungnahme von LUIS e.V. und dem Bund der Selbständigen zum Entwurf der Sondernutzungssatzung. Ferner seien eine Änderung der Werbesatzung und der Erlass einer Gestaltungssatzung nötig.

Herr **Kurt** sagt zu, die aufgenommenen Anregungen schriftlich zu beantworten. Mögliche Nachregelungen während der Übergangsphase seien auch im Sinne der Verwaltung, eine Härtefallregelung sei im Satzungsentwurf bereits enthalten.

BM **Schmid** stellt fest, dass das Gremium auf eine Abstimmung verzichtet.

TOP 3

**Bebauungsplanänderung "Gewerbegebiet
Ludwigsburg Nord" Nr. 070/07
- Satzungsbeschluss
(Vorberatung)**

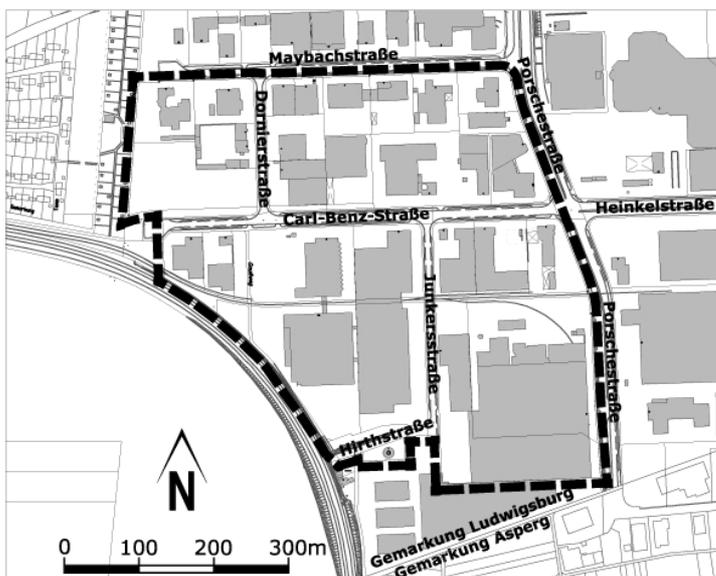
Vorl.Nr. 427/09

Beschluss:

- I. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangen sind, werden zur Kenntnis genommen. Sie führen nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander zu keiner Änderung der bisherigen Planung, die zu einer erneuten Beteiligung führen würden.
- II. Aufgrund von § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) werden entsprechend dem Antrag des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) vom 01.10.2009 die

**Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet Ludwigsburg Nord“ Nr. 070/07
– Änderung der Bebauungspläne „Tammer Feld“ Nr. 070/01 und 070/03 -**

nach Abwägung aller Belange als **S A T Z U N G** beschlossen.



Das ca. 26 ha große Plangebiet schließt sich an das Gewerbegebiet „Südliche Junkerstraße“ im Norden an und wird im Wesentlichen begrenzt durch die Maybachstraße im Norden, die Porschestraße im Osten, Flst.Nr. 7785/1 (teilw.), Flst.Nr. 7800/2, Bahnlinie, Flst.Nr. 7725/34 (teilw.), den Lilienthalweg im Westen und Flst.Nr. 7725/17.

Maßgebend ist die Bebauungsplanänderung des Fachbereiches Stadtplanung Vermessung vom 01.10.2009, bestehend aus dem Lageplan mit Zeichenerklärung und Textteil sowie die Begründung vom 01.10.2009.

Diesem Beschluss wird die Abwägung/Stellungnahme des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) mit der Begründung des Beschlussantrages vom 01.10.2009 und deren Anlagen zugrunde gelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Schübler (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert kurz den Stand des Änderungsverfahrens. Vordergründiges Ziel dabei sei die Umsetzung der Einzelhandelskonzeption mit dem Ausschluss von großflächigem Einzelhandel und Vergnügungsstätten. Die Änderung des Bebauungsplans liege ausschließlich in der Nutzungsänderung.

BM **Schmid** stellt die Vorl.Nr. 427/09 zur Abstimmung.

TOP 4 Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter
drei Jahren

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 4.1.

Abweichender Beschluss:

- 1) *Ausschuss Bildung, Sport, Soziales*
- 2) Der Ausschuss Bauen, Technik und Umwelt beschließt die Freigabe der Mittel für die Bauinvestition und Innenausstattung in Höhe von 175.300 € vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2010.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Schübler (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Das Gremium wünscht keinen Sachvortrag. Die Punkte 4.1 und 4.2 werden gemeinsam zur Aussprache gestellt.

Nach einem Informationsaustausch zwischen den Stadträten **Liepins, Burkhardt, Haag** und der Verwaltung regt Stadtrat **Glasbrenner** an, den Beschlussvorschlag mit den Worten „vorbehaltlich der Mittel im Haushalt 2010“ zu ergänzen. Er führt an, es werden auch Mittel des Haushaltes 2010 durch den Beschluss gebunden.

BM **Schmid** nimmt die Anregung von Stadtrat Glasbrenner auf und lässt das Gremium über den abweichenden Beschlussvorschlag zu TOP 4.1 und 4.2 abstimmen.

Abweichender Beschluss:

1. *Ausschuss Bildung, Sport und Soziales*
2. Der Ausschuss Bauen, Technik und Umwelt beschließt die Freigabe der Mittel für die Bauinvestitionen und Innenausstattung in Höhe von 159.000,00€ vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2010.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Schübler (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe TOP 4.1.